

## **Mündliche Anfragen**

**zur 15. Fragestunde**

**in der 60. Plenarsitzung vom 12. April 2018**

1. Anfrage des Abg.  
Stefan Herre AfD

Eingang: 12. 03. 2018

### **Polygamie in Baden-Württemberg**

- a) Wie viele Migranten, die nach ausländischem Recht gültig mit mehreren Ehefrauen verheiratet sind, leben seit 2012 in Baden-Württemberg?
- b) Wie viele in Polygamie-Ehen verheiratete Frauen in Baden-Württemberg, die aus Sicht der Landesregierung ledig und alleinerziehend sind, erhalten Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) in welcher Höhe?

2. Anfrage des Abg.  
Jürgen Keck FDP/DVP

Eingang: 23. 03. 2018

### **Auswirkungen von multiresistenten Keimen in Oberflächenwasser auf die Landwirtschaft**

- a) Welche möglichen Auswirkungen resultieren nach Kenntnis der Landesregierung aus der Nutzung von Oberflächenwasser, in welchem multiresistente Keime enthalten sind, im Hinblick auf die Landwirtschaft, insbesondere auf die Qualität von Obst und Gemüse?
- b) Was empfiehlt die Landesregierung Bauern und Gärtnern im Hinblick auf die Nutzung von Oberflächenwasser, um negative Auswirkungen auf die Qualität von Obst und Gemüse zu verhindern?

3. Anfrage des Abg.  
Peter Hofelich SPD

Eingang: 23. 03. 2018

### **Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte in Baden-Württemberg**

- a) Beabsichtigt die Landesregierung im Rahmen ihrer Europastrategie, nach dem Vorbild des äußerst erfolgreichen Modells in Österreich und in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland auch in Baden-Württemberg eine Initiative anzustoßen, die darauf abzielt, ehrenamtliche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte als sogenannte Europa-Gemeinderätinnen bzw. Europa-Gemeinderäte zu gewinnen?
- b) Ist sie bereit, im Rahmen des verfügbaren Budgets im Staatshaushalt von Baden-Württemberg für die Jahre 2018/2019 für eine entsprechende Initiative zeitnah Finanzmittel bereitzustellen, um die europäische Idee, das Wissen und das Verständnis für europäische Politik gerade im Hinblick auf die anstehenden Europa- und Kommunalwahlen im Jahr 2019 nachhaltig auf kommunaler Ebene zu verankern?

4. Anfrage der Abg.  
Sabine Wölfle SPD

Eingang: 28. 03. 2018

#### **Stipendienprogramm Berufliche Anerkennung in Baden-Württemberg**

- a) Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass die Mittel des Stipendienprogramms Berufliche Anerkennung in Baden-Württemberg der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH laut Mitteilung des Interkulturellen Bildungszentrums Mannheim bzw. der Koordinierungsstelle IQ Netzwerk Baden-Württemberg seit Januar 2018 ausgeschöpft sind, sodass Migrantinnen und Migranten aus diesem Fonds keine finanzielle Unterstützung bei der Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse mehr erwarten können?
- b) Wie stellt sie angesichts der gestiegenen und weiterhin steigenden Zahl von Verfahren zur beruflichen Anerkennung sicher, dass eine Anerkennung beruflicher Abschlüsse von Migrantinnen und Migranten, die die dabei entstehenden Kosten weder aus eigenen Mitteln bestreiten noch über Arbeitsförderungsmaßnahmen (SGB III), über die Grundversicherung (SGB II) bzw. über einen Zuschuss aus dem einschlägigen Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung abdecken können, nicht aus rein finanziellen Gründen zu scheitern droht?

5. Anfrage des Abg.  
Anton Baron AfD

Eingang: 28. 03. 2018

#### **Gründe für fehlende Möglichkeiten zur Förderung von Hallenbad-Sanierungen**

- a) Wie begründet die Landesregierung die Förderrichtlinie zum Tourismusinfrastrukturprogramm, nach der eine Tourismusförderung für Bäder in nicht prädikatisierten Kommunen nicht erteilt werden kann?
- b) Welche sachliche Begründung welcher genauen Verwaltungsvorschrift zum Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) führt die Landesregierung dafür an, dass Hallenbäder von der Förderung ausgeschlossen sind, obwohl ihre mögliche Schließung insbesondere für ältere und gesundheitlich angeschlagene Bürger mit eingeschränkter Mobilität im ländlichen Raum negative Folgen hat?

6. Anfrage des Abg.  
Lars Patrick Berg AfD

Eingang: 06. 04. 2018

#### **Einsatz von Sicherheitsleuten für Flüchtlingsunterkünfte**

Sieht die Landesregierung es als sinnvoll an, Sicherheitsunternehmen, die im staatlichen Auftrag handeln, den Einsatz von Subunternehmern zu verbieten, um mehr Kontrolle über das eingesetzte Sicherheitspersonal zu erlangen?